



FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM BRANDENBURGER LANDTAG

Potsdam, 8.11.11

Keine globalen Minderausgaben für die Hochschulen, keine Versteckspiele im Wissenschaftsetat – Hochschulen müssen derzeit fehlende Mittel in Höhe von 27 Millionen Euro erhalten

Die hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, MARIE LUISE VON HALEM, hat der Landesregierung vorgeworfen, Brandenburgs Hochschulen zustehende Bundesmittel des Hochschulpakts 2020 nicht pflichtgemäß an diese weiterzureichen und den Hochschulen darüber hinaus eine globale Minderausgabe von 12 Millionen Euro zuzumuten. In der Summe beliefen sich die den Hochschulen fehlenden Mittel auf 27¹ Millionen Euro. Den von der rot-roten Koalition in der vergangenen Woche angekündigten Plan, im Hochschulbereich etwas weniger zu sparen als ursprünglich angekündigt, bezeichnete MARIE LUISE VON HALEM als „Augenwischerei“. Die 5 Millionen Euro, die Rot-Rot nun angeblich zusätzlich zur Verfügung stellt, sollen beim Hochschulbau wieder eingespart werden. „In der Summe bringt das gar nichts.“

Angesichts der geplanten Kürzungen im Hochschulbereich und der großen Anzahl an Bewerbungen für ein Studium an einer Brandenburgischen Hochschule hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag eine Aktuelle Stunde zu der Thematik für die Plenarsitzung an diesem Mittwoch beantragt.

„Geld, das den Hochschulen zusteht, darf nicht im allgemeinen Wissenschaftshaushalt untergehen. Die Hochschulen müssen in der jetzigen Situation ausreichend ausgestattet werden – da verbieten sich globale Minderausgaben und Haushaltsversteckspiele“, kritisierte MARIE LUISE VON HALEM:

Zu Beginn des neuen Wintersemesters sind mehr als 80.000 Bewerbungen auf einen Studienplatz an den Brandenburger Hochschulen eingegangen, obwohl voraussichtlich nur ca. 9.500 Studienplätze zur Verfügung stehen. Hier ist eine Steigerung um 30.000 Bewerbungen zu verzeichnen. Trotz dieses BewerberInnenansturms will die Landesregierung bei den Hochschulen insgesamt 17 Millionen Euro kürzen. Dies sind fast 7% der Mittel für die Hochschulen. Diese Kürzungen sind vor dem Hintergrund, dass mehr als 85% der jetzigen Mittel für Personal ausgegeben werden, kaum verkraftbar. Die Studienanfängerzahlen werden auch in den nächsten Jahren nicht rückläufig sein, wie ein im

¹ 12 Mio. globale Minderausgabe + 5 Mio. fehlende Ausgabe Hochschulpakt 2020 + 10 Mio. zu erwartende zusätzliche, aber nicht eingeplante Mittel Hochschulpakt 2020

Juni diesen Jahres vorgestelltes Gutachten der HIS GmbH gezeigt hat. Trotz der demografischen Entwicklung sei bis 2025 mit gleich bleibenden Studienanfängerzahlen zu rechnen.

Ein Instrument, mit dem der Ansturm an Bewerbungen abgefangen werden soll, ist der von Bund und Ländern 2007 verabredete Hochschulpakt 2020. Dieser sieht vor, dass Brandenburg Bundesmittel zur Verfügung gestellt bekommen, um die Anzahl der 2005 vorhandenen Studienanfängerplätze zu halten.

Die Kürzungen im Einzelnen:

Im Haushaltsentwurf 2012 der Landesregierung sollen die vom Bund zur Verfügung gestellten und zweckgebundenen Mittel nicht in voller Höhe an die Hochschulen weitergereicht werden. Das Land erhält laut Haushaltsentwurf vom Bund 15 Millionen Euro Bundesmittel im Rahmen des Hochschulpakts, gibt davon jedoch nur 10 Millionen an die Hochschulen weiter. 5 Millionen verschwinden damit im allgemeinen Haushalt.

In der Presse und auch in einer Antwort auf eine kleine Anfrage hat das Wissenschaftsministerium angegeben, sogar bis zu 25 Millionen an Bundesmitteln für den Hochschulpakt 2020 im Jahr 2012 zu erwarten. Hiernach wächst die Summe, der nicht durchgereichten Hochschulpaktmittel um weitere 10 Millionen auf 15 Millionen Euro. Zusammen mit der globalen Minderausgabe bei den Hochschulen in Höhe von 12 Millionen Euro fehlen den Hochschulen damit 27 Millionen Euro.

Vergangene Woche nun hat die Regierungskoalition angekündigt, die Universitäten gegenüber dem Haushaltsentwurf etwas besser auszustatten und fehlende Hochschulpaktmittel aus der so genannten Rücklage Hochschulbau zu finanzieren. „Doch damit wird lediglich Geld von der linken Tasche in die rechte Tasche transferiert“, kritisierte MARIE LUISE VON HALEM. Den Hochschulen zustehendes Geld aus dem Hochschulpakt in Höhe von 15 Millionen Euro werde ihnen weiter vorenthalten.

„Die Qualität der Hochschulausbildung hängt maßgeblich auch von guten Betreuungs- und Arbeitsbedingungen ab. Brandenburg kann es sich nicht leisten, dass immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich entstehen und die Hochschulen notgedrungen damit ihren Betrieb sichern müssen“, sagte sie. „Offenkundig sollen durch die Sparbeschlüsse Fakten geschaffen werden, an denen die eingesetzte Strukturkommission im Hochschulbereich nicht mehr vorbeikommen wird.“

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe vorgerechnet, wie das Land auf die Kürzungen im Hochschulbereich komplett verzichten kann, ohne neue Schulden aufzunehmen. „Mit unserem Finanzierungsvorschlag würde das positive und attraktive Gesicht der brandenburgischen Hochschullandschaft gestärkt und ein erster Schritt getan, um die Studien- und Arbeitsbedingungen in den Hochschulen zu verbessern.“

Unsere Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung im Internet:

<http://gruenlink.de/4l6>